



## Nr. 1 des Grossen Gemeinderates (GGR)

Datum/Zeit	<b>Donnerstag, 17. Februar 2011 von 18.00 - 19.10 Uhr</b>	
Ort	Im TELL-Saal, Bernstrasse 101	
Vorsitz	Riesen Norbert (SP)	1
Stimmzähler	Schär Roger (parteilos) und Rüfli Roland (FORUM)	2
Anwesend	<i>SP/Grüne/Gewerkschaften/parteilose:</i> Biner Jacques, Burkhalter Hans-Rudolf, Dogan Aziz, Grossniklaus Bruno, Kehrl Rudolf, Mahler Rudolf, Nova Colette, Schärer Liliane, Scheidegger Jürg-Sven, Wiedmer Rudolf, Zeyer Christian ( <i>ab 18.10 Uhr</i> )	11
	<i>SVP:</i> Bracher Peter, Hausammann Hans-Rudolf, Hirsiger Ernst, Landolf Marianne, Müller Lucia, Truog Markus, Wegmüller Thomas	7
	<i>EVP:</i> Bolliger Renate, Fels Silvia, Wagner Peter, Wagner Rachel	4
	<i>FORUM:</i> Bendoza Thomas, Bruderer Walter, Schaller Esther, Schenk Madeleine	4
	<i>FDP:</i> Gfeller Heinz, Schoop Henrik, Werner Michael	3
	<i>CVP:</i> Löhler Sandra, Rippstein Eduard	2
	<i>Total anwesend</i>	<hr/> <b>34</b>
	<i>Gemeinderatsmitglieder</i> Zahler Christian (Gemeindepräsident), Baumgartner Gerhard, Blaser Erich, Iten Thomas, Lüthy Ursula, Panayides Alik Maria, Unteregger Schütz Regula, Wegmann Peter sowie Gemeindeschreiberin Meyer Marianne	
Protokollführer	Kumli Jürg, Ratssekretär	
Entschuldigt	<i>GGR-Mitglieder:</i> Hirt Bruno (Grüne), Leumann Beat (FDP), Schröer Chris (EVP), Weber Beat (SVP), Wegmüller Nadine (SVP), Zaugg Gerhard (SVP)  <i>GR-Mitglied:</i> Ernst Synes	

## TRAKTANDEN

1. Protokoll der 4. Sitzung des GGR vom 28. Oktober 2010; Genehmigung .....	5
2. Protokoll der 5. Sitzung des GGR vom 18. November 2010; Genehmigung .....	6
3. Protokoll der 6. Sitzung des GGR vom 16. Dezember 2010; Genehmigung .....	7
4. Landverkauf am Rütihoger: Vorzeitige Auflösung des Vertrags mit der Eidgenossenschaft betreffend Asylbewerberzentrum - Kreditabrechnung .....	8
5. Gemeindeordnung - Teilrevision: 2. Lesung und Verabschiedung zuhanden der Volksabstimmung; Genehmigung .....	9
6. Interpellation R. Wiedmer (SP) betreffend Stand der Motion A. Thomann (SP) zum Thema "Schaffung von öffentlichen Werbeflächen für Mundiger Vereine"; schriftliche Beantwortung .....	12
7. Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Bestrahlung; schriftliche Beantwortung .....	13
8. Interpellation B. Grossniklaus (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Stand der überparteilichen Motion betreffend Schaffung von zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen; schriftliche Beantwortung .....	14
9. Orientierungen des Gemeinderates .....	17
a) Tram Region Bern .....	17
b) Feuerwehr; Ersatz der Autodrehleiter .....	20
10. Motion SVP-Fraktion betreffend Vandalismus 2; parlamentarischer Neueingang .....	21
11. Interpellation SP-Fraktion zum Betrieb und zur Zukunft des Hangars; parlamentarischer Neueingang .....	22

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Ich begrüsse alle Anwesenden zur 1. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer und die beiden Pressevertreterinnen herzlich willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf.

Momentan sind 33 Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

Frau Esther Schaller (FORUM) und die Herren Peter Bracher (SVP), Henrik Schoop (FDP) und Chris Schröer (EVP) heissen wir als neue Parlamentsmitglieder speziell herzlich willkommen.

### **Mitteilungen des Ratspräsidenten**

1. Die nächste GGR-Sitzung findet am 24. März 2011 statt.
2. Im Anschluss an die Sitzung lade ich sämtliche Ratsmitglieder, Gemeinderat und Medienvertreterinnen zu einem Imbiss auf die Galerie des Restaurants TELL ein.
3. Traktandenliste: - Traktandum Nr. 10: Orientierungen des Gemeinderates
  - a) Tram Region Bern; wie weiter (Sprecher: Ch. Zahler)
  - b) Feuerwehr; Ersatz Autodrehleiter (Sprecherin: A. Panayides)
4. Parlamentarische Neueingänge
  - Motion SVP-Fraktion betreffend Vandalismus 2
  - Interpellation SP-Fraktion zum Betrieb und zur Zukunft des Hangars

Der GGR fasst stillschweigend den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Die Traktandenliste wird genehmigt.

---

### **Persönliche Erklärungen:**

**Thomas Wegmüller (SVP):** Die SVP-Fraktion möchte dem Neo-Gemeinderatsmitglied Erich Blaser ein kleines Präsent überreichen und ihm für die neue Tätigkeit viel Erfolg wünschen.

**Colette Nova (SP):** Wir haben vernommen, dass der Gemeindepräsident unter "Orientierungen des Gemeinderates" zum Thema "Tram Region Bern" orientieren wird. Vielleicht wird mein Wunsch mit dieser gemeinderätlichen Orientierung schon erfüllt. Die Presse hat informiert, dass das "Tram Region Bern" viel mehr kosten wird als ursprünglich angenommen. Es war die Rede von total 550 Mio. anstelle von 260 Mio. Franken. Welche Auswirkungen dies für die Gemeinde Ostermundigen hat, haben die Medien leider nicht gemeldet. Doch dieser Sachverhalt interessiert uns bestimmt am meisten, dies bestimmt auch im Hinblick auf die nicht rosige Finanzlage der Gemeinde Ostermundigen. Der Gemeinderat hat dazu in der Öffentlichkeit nicht Stellung genommen.

Mich beunruhigen diese hohen Frankenbeträge. Ich musste feststellen, dass die Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion die gleichen Gefühlsregungen kennen. Ich kann mir vorstellen, dass auch die anwesenden Parlamentsmitglieder die gleichen Fragen wie ich haben. Wir werden zum Thema "Tram Region Bern" noch in diesem Jahr einen Entscheid fällen müssen. Eine Meinungsbildung zu diesem Thema kann nur vorgenommen werden, wenn klare Fakten resp. Angaben/Beträge auf den Tisch zu liegen kommen. Wenn der Gemeinderat keine genauen Angaben macht, entstehen sofort Gerüchte und Unsicherheiten. Diese sind für das Projekt nicht förderlich. Ich persönlich bin der Auffassung, dass das Projekt "Tram Region Bern" für die Gemeinde Ostermundigen sehr wichtig ist und auch eine Chance bietet (z. B. für neue Siedlungen). Für die Entwicklung unserer Gemeinde und die Stabilisierung der Gemeindefinanzen ist das Projekt sehr wichtig. Ich setze mich für die Kostentransparenz ein. Mein Wunsch ist es, dass der Gemeinderat die Parlamentsmitglieder (und natürlich auch die Öffentlichkeit) möglichst bald über die Projektkosten informieren wird. Des weitern sollte der Gemeinderat auch offenlegen, wie er diese Ausgaben zu finanzieren gedenkt.

Vielleicht gibt uns der Gemeindepräsident bereits unter Traktandum 9 "Orientierungen des Gemeinderates" die entsprechenden Informationen ab.

100.3 Protokollgenehmigung

## 1. Protokoll der 4. Sitzung des GGR vom 28. Oktober 2010; Genehmigung

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Gibt es Bemerkungen zum vorliegenden Protokoll?

**Colette Nova (SP):** Erlaubt seien mir zwei Korrekturen:

① Votum auf Seite 149 - Korrektur des letzten Satzes im vierten Abschnitt:

...während bei der Lösung mit Bolligen Klassen in Ostermündigen geschlossen werden müssten und die Anzahl Schülerinnen und Schüler in der 7. Klasse *steigen* würde?

① Votum auf Seite 170: Textkorrektur

*Es wurde* verzweifelt versucht, dass Ganze etwas billiger *zu machen*...

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Zum Protokoll liegen keine weiteren Bemerkungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Das Protokoll der 4. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) vom 28. Oktober 2010 wird mit bestem Dank an den Verfasser genehmigt.

100.3 Protokollgenehmigung

## 2. Protokoll der 5. Sitzung des GGR vom 18. November 2010; Genehmigung

**Ernst Hirsiger (SVP):** Meine Anmerkung zu:

- ① Votum auf Seite 209: Textkorrektur

Ich persönlich bin *für* die Amtszeitbeschränkung...

**Colette Nova (SP):** Ich möchte zwei Verbesserungen anbringen:

- ① Votum auf Seite 210: Textkorrektur

Dem Volk stehen verschiedene Instrumente zur Verfügung, sich in Themen *einzubringen*...

- ① Votum auf Seite 228: Textkorrektur im zweiten Absatz

...dass über Prognosen immer *gestritten* werden kann...

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Zum Protokoll liegen keine weiteren Bemerkungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

### B e s c h l u s s :

Das Protokoll der 5. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) vom 18. November 2010 wird mit bestem Dank an den Verfasser genehmigt.

100.3 Protokollgenehmigung

### **3. Protokoll der 6. Sitzung des GGR vom 16. Dezember 2010; Genehmigung**

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Gibt es Bemerkungen zum vorliegenden Protokoll?

**Bruno Grossniklaus (SP):** Eine Korrektur zu:

- ① Votum auf Seite 219 - Ich möchte, dass der letzte Satz gestrichen wird. Stattdessen ist die folgende Anmerkung anzubringen:

*Ich stimme der FDP ausnahmsweise zu. Wir dürfen die Option "Sparen" nicht tabuisieren. Aber ebenso sollte eine Kompensation der Steuerausfälle nicht ausgeschlossen werden, zumal dies nur aufgrund der kantonalen Einmischung notwendig erklärt werden konnte.*

**Departementsvorsteherin FS Ursula Lüthy (Grüne):** Eine Neuformulierung bei:

- ① Votum auf Seite 20 - Der letzte Satz ist zu streichen und wie folgt zu ersetzen:

*Die ausgeführten Vorlagen werden nur realisiert, wenn sie vom Parlament beschlossen werden.*

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Zum Protokoll liegen keine Bemerkungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

#### **B e s c h l u s s :**

Das Protokoll der 4. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) vom 28. Oktober 2010 wird mit bestem Dank an den Verfasser genehmigt.

<sup>1)</sup>

---

<sup>1)</sup> Christian Zeyer (SP) tritt um 18.10 Uhr der Sitzung bei. Neu sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

10.22.1.25 ZPP/UeO Nr. 5 „Rütihofer“ (früher 10.2225)  
10.4.43 Liegenschafts- und Landverkäufe

#### **4. Landverkauf am Rütihofer: Vorzeitige Auflösung des Vertrags mit der Eidgenossenschaft betreffend Asylbewerberzentrum - Kreditabrechnung**

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst ohne Diskussion einstimmig den folgenden

#### **B e s c h l u s s :**

Von der Kreditabrechnung über „Landverkauf am Rütihofer; vorzeitige Auflösung des Vertrages mit der Eidgenossenschaft betreffend Asylbewerberzentrum“ abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 64'046.-- wird Kenntnis genommen.



10.0.11 Reglemente Gemeinde  
10.9.31 Behörden- und Verwaltungsreform

## 5. Gemeindeordnung - Teilrevision: 2. Lesung und Verabschiedung zuhanden der Volksabstimmung; Genehmigung

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Ich möchte nochmals den Geschäftsablauf bekannt geben:

- ① In der heutigen zweiten Lesung werden die vom Gemeinderat geprüften und in der Botschaft mit einem Kommentar versehenen vier Artikeln dem Parlament zum abschliessenden Entscheid unterbreitet. Auf neue Anträge wird nicht mehr eingetreten.

**Colette Nova (SP):** Bei Artikel 9 Absatz 5 ist eine sachliche Korrektur vorzunehmen:

Der Gemeinderat schlägt eine Unvereinbarkeitsregelung für Personen vor, welche mit dem Beschäftigungsgrad den minimalen BVG-Beitrag erreichen. Im BVG gibt es keinen Beschäftigungsgrad. Es gibt jedoch ein Lohnminimum, welches festlegt, ob jemand BVG-Beiträge leisten muss oder nicht. Ist die Idee des Gemeinderates so, dass wer BVG-versichert ist, er/sie unter diese Regelung fällt. Wer es nicht ist, stützt sich auf die vorliegende Regelung ab. Aus diesem Grund ist der Begriff "Beschäftigungsgrad" zu ersetzen.

Die Korrektur könnte wie folgt lauten:

*Unvereinbar mit der Mitgliedschaft im GGR oder in einer Kommission mit Entscheidbefugnis sind alle durch die Gemeinde Beschäftigten, die diesen Organen unmittelbar untergeordnet sind und die die Eintrittsschwelle für die obligatorische berufliche Vorsorge erreichen.*

Diese Eintrittsschwelle liegt heute bei Fr. 18'990.-- pro Jahr. Dieser Betrag wird alle zwei Jahre angepasst.

Ich stelle den **Änderungsantrag Nr. 1**, den Absatz 5 von Artikel 9 wie oben erwähnt zu korrigieren.

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Die Aussage von Colette Nova ist sachlich richtig. Der Betrag und nicht der Beschäftigungsgrad ist massgebend. Der Wille ist ebenfalls klar. Der Vorschlag ist aufzunehmen und vom Kanton prüfen zu lassen.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Die Formulierung ist nicht neu. Diese war bereits in der heutigen Gemeindeordnung so verankert und wurde auch schon mehrmals vom Kanton genehmigt. Aus der Sicht des Kantons ist die vorliegende Formulierung verständlich. Der Gemeinderat assoziiert unter "Beschäftigungsgrad" nicht Stellenprozente. Eine offenere Interpretierung - mit Umfang der Beschäftigung, welche dem BVG unterstellt ist - ist möglich.

Die vorliegende Formulierung kann übernommen werden, zumal diese vom Kanton bereits genehmigt worden ist. Eine Neuformulierung wie vorgeschlagen stellt kein Drama dar. Der Gemeinderat ist bereit, diese zu übernehmen. Allerdings würde der neue Wortlaut nicht nochmals dem Kanton zur Vorprüfung eingereicht. Der neue Text kommt direkt in die Volks-

abstimmung. Der Gemeinderat will den Abstimmungstermin im Mai 2011 einhalten können und nicht noch Zeit verlieren.

Sollte der Kanton im Anschluss noch einen Einwand zur Eintrittsschwelle äussern, dann würde der Gemeinderat die in der Botschaft vorgeschlagene Formulierung übernehmen. Der Entscheid über die Formulierung liegt beim Parlament.

**Colette Nova (SP):** Vielleicht hat der Kanton die bisherigen Bestimmungen nicht genau angeschaut. Auf jeden Fall war der Begriff "Beschäftigungsgrad" bisher immer falsch. Ich schlage vor, dass wir es nun richtig stellen. Vielleicht lernt der Kanton etwas dabei (Mit einem schönen Gruss an den Kanton von der Vizedirektorin des Bundesamts für Sozialversicherungen). Den Text gebe ich dem Ratsekretär ab.

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Das Parlament hat über den Änderungsantrag zu entscheiden. Ich zitiere den **Änderungsantrag Nr. 1** nochmals:

*Unvereinbar mit der Mitgliedschaft im GGR oder in einer Kommission mit Entscheidbefugnis sind alle durch die Gemeinde Beschäftigten, die diesen Organen unmittelbar untergeordnet sind und die die Eintrittsschwelle für die obligatorische berufliche Vorsorge erreichen.*

### A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 1 von Colette Nova (SP) wird einstimmig genehmigt.

**Christian Zeyer (SP):** Transparenz ist in der Politik ein wichtiges und heiss umkämpftes Thema. Wir möchten dem Gemeinderat den besten Dank für die Aufnahme des Artikels 10 a (Offenlegungspflicht) aussprechen. Hier wird eine klare Offenlegung von Interessen widerspiegelt. Es geht nicht grundsätzlich darum, dass Interessenvertretungen in der Politik vorhanden sind. Diesen Aspekt braucht es und der ist auch notwendig.

**Walter Bruderer (FORUM):** Ich habe eine Frage resp. eine Anregung zu Artikel 10 a Absatz 1. Es wird vermerkt: "Jedes Mitglied des Gemeinderates orientiert die Abteilung Präsidiales bei Amtsantritt und *nach jeder Wiederwahl...*" Wäre der Vermerk anstelle von "Wiederwahl" *...nach jeder Änderung* nicht besser? Änderungen können auch während einer Amtsperiode stattfinden. Oder gibt es einen Grund, dass diese nur bei einer Wiederwahl stattfinden?

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Es darf auch zwischendurch stattfinden. Es ist praktisch, dass nach jeder Wahl eine Anfrage an die gewählten Mitglieder stattfindet. Dann kann das Register erneuert resp. aktualisiert werden. Ansonsten müsste für jede Änderung eine entsprechende Formulierung gefunden werden.

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Es ist üblich, dass in Reglementen bestimmte Perioden bestimmt werden. Es ist sinnvoll, dass diese Offenlegungspflicht nach den Wahlen stattfindet.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zu den vier Artikeln vor. Die Teilrevision der Gemeindeordnung wird inkl. Änderungsantrag Nr. 1 von Colette Nova (SP) vorgenommen. Der Beschluss unterliegt der Volksabstimmung. Diese findet am 15. Mai 2011 statt.

Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

### **B e s c h l u s s :**

1. Die Teilrevision der Gemeindeordnung wird genehmigt.
2. Dieser Beschluss unterliegt der Volksabstimmung.

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Bei diesem Geschäft ist es nicht um die Behörden- und Verwaltungsreform gegangen. Besten Dank für die Arbeiten in der Spezialkommission sowie die breite Unterstützung durch das Parlament.

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Die Präzisierung des Gemeindepräsidenten ist korrekt. Bei diesem Geschäft geht es nicht um die Behörden- und Verwaltungsreform. Bei dieser Gelegenheit möchte ich allen Mitarbeitenden und Mitwirkenden bei dieser Teilrevision ebenfalls meinen besten Dank aussprechen.

10.3.74 Interpellationen  
30.1.14 Reklamegesuche

## **6. Interpellation R. Wiedmer (SP) betreffend Stand der Motion A. Thomann (SP) zum Thema "Schaffung von öffentlichen Werbeflächen für Mundiger Vereine"; schriftliche Beantwortung**

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Wir haben im letzten Jahr eine Änderung des Geschäftsablaufes bei Interpellationen und einfachen Anfragen beschlossen. Die Interpellationen werden nicht mehr vorgängig begründet und an der nächsten Sitzung beantwortet. Die gemeinderätlichen Antworten werden bereits mit der Zustellung der Sitzungsunterlagen zugestellt, d. h. die schriftliche Beantwortung der Interpellation wurde den Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt.

Ist der Interpellant mit der schriftlichen Beantwortung zufrieden?

**Rudolf Wiedmer (SP):** Ich bin von der Beantwortung enttäuscht und überrascht. Enttäuscht deshalb, weil in dieser Angelegenheit nichts unternommen worden ist. Demnächst wird in Bezug auf die Werbeflächen auch nichts von Seiten Verwaltung unternommen. Ein solch langes Antwortschreiben, gespickt mit Ausreden, hat mich befremdet.

Ich möchte noch eine Bemerkung anbringen: Als Schnelllösung könnte bei den Zeitschriften "20-Minuten" und "Blick am Abend" eine dritte Blechkiste aufgestellt werden. Diese könnte wie folgt angeschrieben werden: "Für die Vereine".

Doch dafür ist sicher eine Bewilligung erforderlich.

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Wenn der Interpellant die Diskussion zum Thema "Werbeflächen" wünscht, so hat er bei den Parlamentsmitgliedern die Diskussion beschliessen zu lassen (siehe Art. 54 Abs. 3 GO GGR).

**Rudolf Wiedmer (SP):** Ich wünsche die Diskussion nicht.

10.3.74 Interpellationen  
30.1.11 Baugesuche

## 7. Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Bestrahlung; schriftliche Beantwortung

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Die schriftliche Beantwortung der Interpellation wurde den Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt.

**Walter Bruderer (FORUM):** Ich werde im Gegensatz zu meinem Vorredner die Diskussion beantragen.

Besten Dank für die Antworten seitens des Gemeinderates. Aus drei Hauptgründen sind wir mit der Beantwortung gar nicht zufrieden:

1. Unsere Frage Nr. 2 ist nicht konkret beantwortet worden.
2. Wer die eidgenössische Gesetzgebung gelesen hat und das neuste Urteil der kantonalen Direktion betreffend die Beeinflussung von Antennen-Standorten kennt - es handelt sich um die Gemeinde Urtenen-Schönbühl - kommt kaum auf die Idee, die Gemeinden könnten die Antennenstandorte gar nicht beeinflussen.
3. Offensichtlich ist unserer Gemeinde die Gesundheit für die Bevölkerung auch dann noch egal, wenn sie die Möglichkeit hätte, mit geeigneten Massnahmen die Bestrahlung von Jung und Alt aufs nötige Minimum zu reduzieren.

Die Antwort ist für mich nicht befriedigend. Ich **beantrage die Diskussion**.

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Über den Antrag von Walter Bruderer (FORUM) ist die Abstimmung vorzunehmen.

### A b s t i m m u n g :

Der Antrag von Walter Bruderer (FORUM) auf Diskussion wird mit 15 zu 6 Stimmen abgelehnt.

10.3.74 Interpellationen  
63.13.00 Allgemeines (früher 63.150)

## **8. Interpellation B. Grossniklaus (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Stand der überparteilichen Motion betreffend Schaffung von zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen; schriftliche Beantwortung**

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Die schriftliche Beantwortung der Interpellation wurde den Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt.

**Bruno Grossniklaus (SP):** Ich halte mich kurz. Ich bin mit der Beantwortung nicht zufrieden und **beantrage die Diskussion** (Art. 54 Abs. 3 GO GGR).

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Über den Antrag zur Diskussion haben wir abzustimmen.

### **A b s t i m m u n g :**

Der Antrag von Bruno Grossniklaus (SP) auf Diskussion wird mit 18 zu 6 Stimmen angenommen.

**Bruno Grossniklaus (SP):** Zuerst möchte ich dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung meinen Dank aussprechen. Sie ist ziemlich präzise. Ich habe aber Mühe mit der Informationspraxis.

Es handelt sich hier um eine Motion, welche eigentlich erfüllt werden sollte. Der Umsetzung, wie im Wortlaut verlangt, steht fast nichts im Wege. Die Motion, welche seinerzeit einstimmig vom Parlament angenommen worden ist, verlangt für das Errichten von 20 neuen KITA-Plätzen eine Frist bis Juni 2011. Jetzt stellt sich heraus, dass dies nicht möglich sein wird und die Frist nicht eingehalten werden kann. Wenn dem Gemeinderat bei diesen Anliegen die Informationshoheit zusteht, wäre eine Information über die überwiesene Motion angebracht. Ich wünsche mir in Zukunft eine Änderung der Praxis des Informationsflusses.

**Heinz Gfeller (FDP):** Die FDP-Fraktion nimmt zur Kenntnis, was uns der Gemeinderat schriftlich mitgeteilt hat. Der Ansatz in der vorliegenden Situation - private KITA-Plätze zu kaufen - scheint uns ein guter Ansatz zu sein. Der Ansatz scheint finanziell günstig zu sein. Es wäre ein Verhältnisblödsinn, Millionenausgaben für einen Neubau bereit zu stellen. Es geht darum, ein sinnvolles Miteinander von Gemeinde und privaten Organisationen zu ermöglichen.

**Christian Zeyer (SP):** Ich lese die aufgeführten Zahlen in der Botschaft: 2 bis 3 Plätze an einem Ort und 4 bis 5 Plätze an einem anderen Ort. Es ist sicher wertvoll, dass diese Plätze zur Verfügung gestellt werden. Doch dann können wir in den Zeitungen lesen "Ostermundigen sei eine KITA-Wüste". Das kann uns durchaus passieren, wenn wir so weitermachen.

Im Oberfeld werden viele junge Familien zuziehen, und die Nachfrage nach KITA-Plätzen wird immer wieder gestellt. Ich vertröste die Anfragenden immer wieder mit der Begründung, dass sich der Gemeinderat des Missstandes bewusst ist und an der Lösung arbeitet. Ich hoffe nun auf eine rechtzeitige Lösung seitens des Gemeinderats und nicht erst dann, wenn die Kinder aus der neuen Siedlung Oberfeld ausgezogen sind.

**Lucia Müller (SVP):** Meine Tochter war für ihr zweijähriges Kind ebenfalls auf der Suche nach einem KITA-Platz. Sie hatte intensiv gesucht und innerhalb von drei Wochen einen Platz gefunden. Sie muss für den KITA-Platz etwas bezahlen.

**Renate Bolliger (EVP):** Ich kann mich der Meinung von Christian Zeyer (SP) anschliessen. Es kann nicht sein, dass wir das Papier so sein lassen. Wir müssen für die Zukunft einen Weg für neue KITA-Plätze finden. Für mich kann die Motion so nicht abgeschrieben werden. Der Gemeinderat muss am Ball bleiben. Neue Wege müssen eingeschlagen werden.

**Eduard Rippstein (CVP):** Ich kann mich den Vorrednern anschliessen. Der Gemeinderat hat vom Parlament den Auftrag erhalten. Der Gemeinderat hat diesen Auftrag resp. die Motion zu erfüllen und das Parlament über allfällige Alternativlösungen rechtzeitig zu informieren. Das Zuwarten, bis das Parlament Rückfragen stellen muss, darf nicht Usanz des Gemeinderates werden.

**Christian Zeyer (SP):** Ich bin kein Finanzierungsspezialist in Bezug auf KITA-Plätze. Soviel ich weiss, werden die KITA-Plätze sozial abgedeckt. Wir sprechen immer wieder von Sozialmotiven - Kindern, denen es nicht so gut geht, sind ebenfalls ein wichtiges Gut. Ihnen ist ein Startplatz zu schaffen. Es geht hier nicht darum, Eltern, die gut verdienen, zu helfen. Eine Warteliste besteht und es scheint nicht so einfach zu sein, einen KITA-Platz zu erhalten. Die Prioritäten sind richtig zu setzen.

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Zum vorliegenden Geschäft liegen seitens der Ratsmitglieder keine Voten mehr vor.

**Departementsvorsteher VJ Erich Blaser (SVP):** Grundsätzlich hat der Gemeinderat die Beantwortung korrekt vorgenommen. Die finanzielle Situation der Gemeinde Ostermundigen lässt kein neues KITA-Haus zu. Der Gemeinderat hat das vorliegende Geschäft auf die dritte Prioritätsstufe gesetzt. Wir sind uns bewusst, dass ein Bedürfnis für zusätzliche KITA-Plätze vorhanden ist.

Wir sind in der glücklichen Lage, dass zwei KITAs auf privater Basis am Schermenweg geführt werden. Mit diesen Betreibenden hat der Gemeinderat das Gespräch gesucht. Ein Abkommen konnte erzielt werden. Grundsätzlich wäre der Kauf von drei Plätzen möglich (für Fr. 100.80 pro Tag/Kind). Herr Scheidegger hat sich auch bereit erklärt, bei Bedarf seine KITA auszubauen und der Gemeinde Ostermundigen zur Verfügung zu stellen. Das wäre die beste Lösung, d. h. für die Gemeinde würden keine Kosten entstehen, wenn die GEF (Gesundheits- und Für-

sorgedirektion) dies bewilligt. Von Seiten Vormundschaft/Justiz wird ein entsprechendes Gesuch eingereicht (Stichtag ist der 1. Juni).

Mit der zweiten privaten KITA "Esperanza" - sie ist an der Bolligenstrasse 42 leider nicht so zentral gelegen - werde ich erst am 23. Februar 2011 Kontakt haben.

Wir werden das Gesuch vorgängig dem Gemeinderat vorstellen. Wenn der Kanton die Plätze nicht bewilligt, so müssten wir die Plätze gleichwohl einkaufen und mit Bruttokosten von ca. Fr. 73'000.-- (ohne Abzug von allfälligen Elternbeiträgen) rechnen.

**Bruno Grossniklaus (SP):** Gratulation meinerseits: Ich finde es gut, dass der Gemeinderat sich noch zusätzliche KITA-Plätze erschaffen will. Ich bin mir der schwierigen finanziellen Situation der Gemeinde Ostermundigen durchaus bewusst. Bereits an der letzten Sitzung habe ich erwähnt (siehe im GGR-Protokoll vom 16.12.2010 - Seite 209), dass es Investitionen gibt, welche nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfen. Auch wenn diese uns im Moment finanziell weh tun.



## 9. Orientierungen des Gemeinderates

10.20.13 Tram Region Bern

### a) Tram Region Bern

**Gemeindepräsident Christian Zahler (SP):** Im Rahmen des Projekts "Tram Region Bern" konnte per Ende 2010 das Vorprojekt abgeschlossen werden. Deshalb hat die Behördendelegation das Vorprojekt am 19. Januar 2011 an einer Medienorientierung vorgestellt. Im Zentrum des Interesses stand die Entwicklung der Kosten, und diese müssen wie folgt angegeben werden:

- Die gesamten Investitionen, die durch das Projekt "Tram Region Bern" ausgelöst werden, belaufen sich auf ca. 550 Mio. Franken. Diese Angaben beruhen auf dem Vorprojekt, d. h. es gilt eine Genauigkeit von +/- 20 %.
- Im Vergleich zu den Kosten, die mit den beiden Zweckmässigkeitsbeurteilungen geschätzt worden sind, bedeutet dies eine starke Erhöhung, faktisch eine Verdoppelung der Kosten. Diese Angaben sind Ihnen bekannt. Der Gemeinderat hat Verständnis dafür, dass die Interessierten nach dem Mediengespräch hauptsächlich die Entwicklung der Kosten registriert hatten, und die ebenfalls abgegebenen, erklärenden Worte etwas untergegangen sind. Der Gemeinderat will deshalb die Gelegenheit nutzen, um die Gründe für die Kostenentwicklung zu erläutern.

Es ist wichtig, die folgenden Punkte zu beachten:

- Die Kosten für das eigentliche Tramprojekt bewegen sich innerhalb der seinerzeit angegebenen Genauigkeit von +/- 50 %.
- Im Rahmen des Vorprojekts ist die Geleiselänge um 10 % erhöht worden, z. B. wegen dem Verschieben von Wendeschlaufen.
- Der wichtigste Punkt: In den angegebenen Gesamtkosten sind auch die Kosten für Drittprojekte enthalten. Drittprojekte sind Vorhaben, die nicht zwingend mit dem Tram realisiert werden müssen oder die nicht zwingend in dieser Form realisiert werden müssten - und deshalb sind sie in den Zweckmässigkeitsbeurteilungen nicht oder nicht genügend berücksichtigt worden. Es ist aber sinnvoll, diese Vorhaben jetzt zu realisieren, weil mit dem gemeinsamen Vorgehen ein gutes Preis-/Leistungsverhältnis erzielt werden kann. Beispiele für solche Drittprojekte sind die Umgestaltung des Eigerplatzes oder des Viktoriaplatzes, oder in Ostermundigen der Ausbau der Unterführung oder die Sanierung von Werkleitungen und Strassen.

Die Drittprojekte sind für die Gemeinden wichtig, weil sie bei diesen Projekten relativ hohe Kostenanteile übernehmen müssen, während das eigentliche Tramprojekt zum allergrössten Teil von Bund und Kanton finanziert wird.

Die Kosten von rund 550 Mio. Franken verteilen sich nach dem heutigen Stand wie folgt auf die verschiedenen Kostenträger:

- Der grösste Anteil liegt mit rund 300 Millionen beim Kanton
- Der Bund beteiligt sich mit 120 Millionen

- Gut 90 Millionen Franken entfallen auf die drei Gemeinden.
- Der Rest entfällt auf die übrigen Kostenträger wie z. B. die Eigentümer von Werkleitungen.

Sie interessiert vermutlich in erster Linie der Kostenanteil, der von Ostermundigen übernommen werden muss. Diese Kosten können tatsächlich noch nicht exakt angegeben werden. Das hängt damit zusammen, dass unter den Kostenträgern noch Verhandlungen geführt werden müssen. In Ostermundigen verursachen zwei Bauwerke ausserordentliche Kosten: Der Tunnel in die Rüti und der Ausbau der Unterführung. Da beide Bauwerke Ostermundigen wesentliche Vorteile bringen, stellt sich die Frage, ob sich Ostermundigen zusätzlich zum technischen Kostenteiler an den Kosten beteiligt - und wenn ja, in welcher Grössenordnung. Bei der Unterführung zählt auch die SBB als Grundeigentümerin zu den Kostenträgern; die Verhandlungen über den Kostenteiler sind deshalb aufwändig. Die Behördendelegation ist zurückhaltend mit der Angabe von Gemeindeanteilen, weil sie keine vermeintlich exakten Zahlen nennen will, die später doch wieder korrigiert werden müssen.

Trotzdem möchte ich hier eine Grössenordnung angeben: Wir müssen davon ausgehen, dass ca. ein Drittel der auf die Gemeinden entfallenden 90 Millionen von Ostermundigen übernommen werden muss. Zu beachten ist auf jeden Fall, dass wir uns nach wie vor auf Stufe Vorprojekt bewegen und deshalb ein Genauigkeitsgrad von +/- 20 % gilt.

Das ist zweifellos eine grosse finanzielle Belastung für unsere Gemeinde. Aber jetzt kommt der entscheidende Punkt: Ein sehr grosser Teil dieser Kosten müsste Ostermundigen auch übernehmen, wenn das Tram nach Ostermundigen nicht gebaut würde!

- Mit dem Tram Region Bern werden Werkleitungen in der Bernstrasse erneuert - wir wissen seit längerer Zeit, dass unsere Werkleitungen Schritt für Schritt saniert werden müssen. Die Werkleitungen in der Bernstrasse müssen so oder so saniert werden.
- Wir wissen seit längerer Zeit, dass die Bernstrasse sanierungsbedürftig ist. Es ist zweckmässig, sie mit dem Tram Region Bern zu sanieren - und falls das Tram nicht gebaut werden sollte, müssten sie trotzdem saniert werden, und das ohne Kostenbeteiligung durch den Kanton!

Es ist jetzt die Aufgabe der Abteilungen Tiefbau und Gemeindebetriebe, diese „Ohnehin-Kosten“ zusammen zu stellen - eben die Kosten die ohnehin anfallen würden, auch dann, wenn das Tram nicht gebaut würde. Der Gemeinderat will auch in diesem Punkt nicht übereilt Zahlen bekannt geben, die später wieder korrigiert werden müssen. Deshalb wird er diese Zahlen erst bekannt geben, wenn sie erhärtet sind, und so weit sind wir noch nicht.

Für den Grossen Gemeinderat ist der nächste Schritt im Projekt "Tram Region Bern" die Genehmigung des Projektierungskredits für das Bauprojekt. Dieser Projektierungskredit wird dem Grossen Gemeinderat voraussichtlich im kommenden Herbst vorgelegt. Hier hat sich eine gewisse Verzögerung ergeben, weil bis im Sommer Professor Weidmann von der ETH Zürich das Projekt überprüfen wird. Von dieser Überprüfung verspricht sich die Behördendelegation entweder Hinweise für mögliche Einsparungen oder die Bestätigung, dass mit dem Projekt der richtige Weg eingeschlagen worden ist. Trotz dieser Verzögerung hält die Behördendelegation am Baubeginn 2014 fest.

Für den Gemeinderat ist klar: Wenn er dem Parlament den Projektierungskredit für das Bauprojekt vorlegt, muss er ihm auch eine möglichst konkrete Kostenschätzung unterbreiten - so

konkret, wie das beim Stand Vorprojekt eben möglich ist. Bis zu diesem Zeitpunkt wird sich der Gemeinderat darum bemühen, die Kostenangaben möglichst zu erhärten und die nötigen Verhandlungen mit den verschiedenen Kostenträgern möglichst weit voran zu treiben.

Als Fazit kann zusammenfassend festgestellt werden:

- Es ist noch zu früh, um konkrete Zahlen zu nennen.
- Für Ostermundigen wird die durch das Tram Region Bern ausgelöste finanzielle Belastung gross sein.
- Für Ostermundigen wäre die finanzielle Belastung auch sehr gross, wenn das Tram nach Ostermundigen nicht gebaut würde, weil zahlreiche Investitionen unumgänglich sind und in nächster Zeit angepackt werden müssen.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass das Tram Ostermundigen für die Entwicklung der Gemeinde sehr viel bringt. Der Gemeinderat wie die Mitarbeitenden der Verwaltung engagieren sich sehr stark im Projekt und für das Projekt. Das Ziel ist ganz klar die erfolgreiche Umsetzung des Projekts "Tram Region Bern".

Colette Nova hätte gerne nähere Angaben zu der Finanzierung seitens der Gemeinde Ostermundigen. Selbstverständlich ist es noch zu früh, detailliertere Angaben dazu zu machen. Die Werkleitungen werden durch die Spezialfinanzierung "Werkleitungen" finanziert. Die Strassensanierungen werden die Steuerrechnung belasten. Der bereits bewilligte Rahmenkredit "Wasser/Abwasser" enthält Projekte in der Bernstrasse. Eine Kostenzusammenstellung wird noch vorgenommen und auch dem Parlament offen vorgelegt.

Im März 2011 wird über den Stand der Kostenschätzungen orientiert werden können. Im September 2011 wird voraussichtlich der GGR über das Projekt und den Kreditanteil der Gemeinde Ostermundigen befinden können.

Fazit: Es ist heute noch zu früh, um konkrete Zahlen bekannt zu geben. Es ist klar, dass auf Ostermundigen eine grosse finanzielle Belastung zukommen wird - sei es mit oder ohne Projekt "Tram Region Bern". Der Gemeinderat ist überzeugt, dass das Tram für die Entwicklung von Ostermundigen sehr viel bringt. Er setzt sich stark für dieses Projekt ein und hofft auf eine erfolgreiche Umsetzung.

54.4.02 Geräte und Fahrzeuge

## **b) Feuerwehr; Ersatz der Autodrehleiter**

**Departementsvorsteherin ÖS Aliko Panayides (SVP):** Im Mai 2010 hat das Parlament einen Kredit für eine neue ADL bewilligt. Ich kann eine frohe Botschaft abgeben: Die neue ADL ist billiger, da es sich um ein Vorführmodell (Niederflurfahrzeug) handelt (rund Fr. 888'000.-- anstelle von 1,032 Mio. Franken). Wir hoffen, im Mai 2011 die ADL der Feuerwehr überreichen zu können.

10.3.72      Motionen  
50.8.01      Vandalismus

## **10. Motion SVP-Fraktion betreffend Vandalismus 2; parlamentarischer Neueingang**

### **Wortlaut**

Der Gemeinderat wird beauftragt, umgehend die vorhandenen Ressourcen zur Verhinderung von Vandalismus auszubauen.

Besonders der Einsatz von zusätzlichen Polizeipatrouillen oder privaten Wachdiensten in der Nacht ist umgehend vorzunehmen.

Der Einsatz von eventuellen fixen oder mobilen Überwachungskameras an neuralgischen Punkten ist nach den geltenden gesetzlichen Auflagen durchzuführen.

Diese Massnahmen sind vorerst bis Ende 2012 auferlegt und werden im Anschluss neu bewertet. Der Gemeinderat informiert den grossen Gemeinderat halbjährlich über Resultate.

### **Begründung / Fragen**

Im Jahre 2005 wurde eine überparteiliche Motion an den Gemeinderat überwiesen, welche die Problematik des Vandalismus in Ostermundigen anging. Seit 2007 prüft die Arbeitsgruppe „Vandalismus“ laufend die Situation. Mit dem Verwaltungsbericht 2009 wurde diese Motion leider als erledigt abgeschrieben.

Die jüngsten Vorfälle auf unserem Gemeindegebiet zeigen nun, dass die Arbeit in dieser Richtung verstärkt werden muss und eine Arbeitsgruppe, die beobachtend agiert, nicht mehr genügend ist.

Die öffentliche Sicherheit ist an neuralgischen Punkten in der Gemeinde so nicht mehr akzeptierbar.

Die Zustände mit den beschädigten Beleuchtungskandelabern im Bereich Fussweg Rös-wilstrasse/Umfahrung sind bedenklich. Mit Stand 16.2.2011 spricht die Tiefbauabteilung von einer Schadenssumme von über Fr. 25'000.--.

Die zerschlagenen Scheiben an Geschäften verunsichern das Gewerbe und die Bürger.

Nächtliches Benützen von ÖV oder Fortbewegen zu Fuss in der Gemeinde, kann zu einem Sicherheitsrisiko werden. Mit Stand 16.2.2011 meldet BernMobil eine Schadenssumme an den Billettautomaten von über Fr. 15'000.--.

Da Ostermundigen künftig wachsen und neue Einwohnerinnen und Einwohner begrüßen will, sind solche Zustände nicht förderlich.

Unterzeichnende:

T. Wegmüller, H.R. Hausammann, N. Wegmüller, M. Landolf, L. Müller, E. Hirsiger, P. Bracher

10.3.74	Interpellationen
63.14.20	Personal Jugend- und Freizeithaus
63.14.30	Unterhalt Jugend- und Freizeithaus

## **11. Interpellation SP-Fraktion zum Betrieb und zur Zukunft des Hangars; parlamentarischer Neueingang**

### **Wortlaut**

Mit Erstaunen nehmen wir zur Kenntnis, dass die Nutzung des Hangars für Private ab sofort nicht mehr möglich ist. Wir halten fest, dass ein ausreichendes Angebot an Lokalitäten zur Miete für Private zur Standortattraktivität gehört und sind deshalb über die Entwicklung besorgt.

Zu dieser Einschränkung kam es offensichtlich, weil aus der Nachbarschaft Klagen laut wurden. Gerüchtehalber hört man, dass den neuen Eigentümern in der Siedlung, welche an den Hangar angrenzt, versprochen wurde, dass der Hangar mittelfristig nicht mehr benutzt werde.

Es muss deshalb befürchtet werden, dass falls diese Versprechen gemacht wurden, nun auch Klagen gegen den Betrieb im Rahmen der Vereins-, Kinder- und Jugendarbeit folgen werden. Dies bedroht den Betrieb des Hangars.

Ebenfalls wurde den Bewohnern der angrenzenden Siedlung offenbar gesagt, dass das obige Versprechen im Zusammenhang mit dem Projekt im Steingrübli zu sehen sei. Dieses Projekt ist aber offensichtlich auf Eis gelegt. Ausserdem ist es fraglich, ob ein neues Angebot, welches so weit abgelegen ist, den Bedürfnissen gerecht wird.

Andere Angebote stehen nicht zur Verfügung und scheinen auch in absehbarer Zeit nicht zur Verfügung zu stehen.

Trotzdem, dass neue Angebote nicht in Sicht sind, scheint es so zu sein, dass der Gemeinderat sich nicht besonders für den Erhalt der bestehenden Angebote eingesetzt hat.

Da diese Informationen nur gerüchtehalber bekannt wurden, verlangen wir Aufklärung zu folgenden

### **Fragen:**

1. Was ist bezüglich der weiteren Entwicklung im Hangar geplant?
2. Wie will der Gemeinderat in Zukunft die Bedürfnisse von Privaten, die einen Raum für Anlässe benötigen, befriedigen?
3. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass nach den Forderungen, private Anlässe dürften nicht mehr stattfinden, keine neuen Forderungen gestellt werden, der Betrieb auf Grund der Vereins-, Kinder- und Jugendarbeit sei einzuschränken?
4. Falls das Steingrübli weiterhin als Projekt vorangetrieben werden soll: wie stellt der Gemeinderat sich dazu, dass dieses Gebäude wegen der abgelegenen Lage nur bedingt geeignet ist? Stehen andere Lösungen zur Debatte?
5. Wie stellt sich der Gemeinderat zur Aussage, er habe sich nur ungenügend für den Weiterbetrieb im ursprünglichen Rahmen eingesetzt?

6. Wie stellt er sich zur Aussage, dass es unklug ist, wichtige Angebote zu streichen bevor ein Folgeangebot zur Verfügung steht?

Unterzeichnende:

Ch. Zeyer, R. Kehrl, J. Scheidegger, L. Schärer, C. Nova, H.R. Burkhalter, A. Dogan, J. Biner, B. Grossniklaus

---

**Ratspräsident Norbert Riesen (SP):** Ich möchte dem Parlament für die grosse Disziplin und die konstruktiven Diskussionen danken. Ich möchte nochmals auf den offerierten Imbiss auf der Galerie oben aufmerksam machen.

## GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Der Präsident:

Der Protokollführer:

Norbert Riesen

Jürg Kumli

Die Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Roland Rüfli

Roger Schär